



Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe III/2008

Jahrgang 41

Hauptverwaltungssitzung vom 23. bis 26.06.2008 in Starnberg

Auf manche Dinge im Leben kann man sich verlassen und dazu gehört die schwüle Hitze während der Hauptverwaltungssitzung des VERBANDS. Wie in den Vorjahren, trotzten die Vertreter der Bezirksverbände den Lockrufen des Starnberger Sees und tagten, bei Temperaturen von weit über 30 Grad in der FHS Starnberg.

Nach dem Geschäftsbericht der Vorstandschaft und dem Bericht des Kassenwarts, wurde über den Delegiertentag 2010 und die Gestaltung der weiteren Delegiertentage diskutiert. Der Delegiertentag 2010 findet in der üblichen Form vom 10. bis 12.06.2010 in Wildbadkreuth statt. Die näheren Einzelheiten werden rechtzeitig bekanntgegeben. Bereits jetzt ein Dank an den ausrichtenden Bezirksverband München. Die zukünftige Gestaltung von Delegiertentagen wird einer Arbeitsgruppe übertragen. Wegen der explodierenden Kosten müssen neue Wege gefunden werden für die satzungsgemäßen Delegiertenversammlungen.

Zum Thema Mitgliederbetreuung und Mitgliederwerbung erfolgte ein reger Austausch. In den Berichten der einzelnen Bezirksverbände waren vielseitige Lösungsansätze erkennbar.

Inhaltsverzeichnis

- Hauptverwaltungssitzung in Starnberg vom 23. bis 25.06.2008 Seite 1
- BBB-Hauptausschusssitzung Seite 3
- Die Gewinner des Preisrätsels Seite 4
- 32. Deutscher Rechtspflegertag in Potsdam Seite 5
- Wechsel an der FHS Starnberg Seite 6
- Glückwunsch des Vorsitzenden Seite 7
- Aus dem Bezirksverband Bamberg Seite 7
- Aus dem Bezirksverband Traunstein Seite 8
- Landtagskandidat Steiner trifft Rechtspfleger aus Landgerichtsbezirk Traunstein Seite 9
- Bayerische Justizvollzugsbediensteteten in Hof Seite 10
- Einweihung in Pegnitz Seite 10
- Einladung zur Generalversammlung der E.U.R. Seite 11
- Landesvertreterversammlung des bayerischen Richtervereins Seite 11
- Diverses Seite 12

Der allgemeine Trend, sich als Einzelner nicht mehr zu positionieren und seine Interessen in Vereinen und Verbänden zu verfolgen, macht bedauerlicherweise auch vor den Rechtspflegern nicht halt. Gerade deswegen erfreuen die vielen Aktivitäten in den Bezirksverbänden und sollten weniger aktiven Bezirksverbänden Anregung für gemeinsame Unternehmungen sein.

Die Vorstandschaft hat in Vorverhandlungen mit dem Versicherungsunternehmen DEBEKA die Möglichkeit eines Vermögenshaftpflichtrahmenvertrags ausgehandelt. Einem Vertreter der DEBEKA wurde Gelegenheit gegeben, sein Unternehmen und die Vertragsmöglichkeiten darzustellen. Die Vorstandschaft wurde im Anschluss von der HVS zum Vertragsabschluss beauftragt. Sobald dieser erfolgt ist, besteht für jedes Mitglied die Möglichkeit sehr kostengünstig in diesen Rahmenvertrag zu wechseln bzw. eine Versicherung neu abzuschließen. Details werden zeitnah bekanntgegeben.

Der Hardware-Refresh hat begonnen. Alle Geräte, die älter als fünf Jahre sind, werden ausgetauscht. Eine deutliche Verbesserung, vor allem in der Geschwindigkeit und der Speicherkapazität, ist zu erwarten.

Die neuen Programmeinführungen laufen planmäßig. Auf Grund der unachgiebigen Forderung der Hauptpersonalvertretungen, werden dabei genügend Anwenderbetreuer für die Einführungsphase zur Verfügung gestellt. Dies führt zu einer erheblichen Reduzierung der Einlernschwierigkeiten.

Die Generalsekretärin der EUR, Frau Rpfli Adelheid Hell, hat ausführlich über die Hintergründe, die Entwicklung und die Tätigkeiten der E.U.R. berichtet. Diese interessanten Informationen sind auf der homepage der E.U.R. (www.eu-rechtspfleger.eu) nachzulesen. Zudem wird auf die Einladung zur Generalversammlung in diesem Kurier hingewiesen.

Zu den brisanten Themen Dienstrechtsreform, Stellenhebungen/Streichungen/Mehrungen, Doppelhaushalt 2009/2010 und Spitzenstellenkonzept, stellten sich wieder Herr Ministerialdirektor Hans-Werner Klotz und Ministerialrat Andreas Zwerger den kritischen Fragen der Anwesenden und berichteten über die derzeitigen Sachstände:

Im vom Ministerrat beschlossenen Eckpunktepapier zur Dienstrechtsreform sind Besonderheiten für den Rechtspfleger noch nicht enthalten. Dies wäre erst bei der gesetzlichen Ausgestaltung der Reform in der nächsten Legislaturperiode denkbar. Der Verband wird hierzu seine Vorstellungen einbringen. Der Einstieg in die Besoldungsgruppe A10 wird vom Ministerium der Justiz vollumfänglich unterstützt. Nach Meinung des Justizministeriums wäre das Leistungsprinzip und die Unabhängigkeit des Rechtspflegers, mit der gebotenen Sensibilität des Dienstherrn, wohl schon vereinbar.

Die Übertragung der Nachlasssachen auf Notare wird in dieser Legislaturperiode nicht mehr beschlossen werden. Da das Gesetzgebungsverfahren nach den nächsten Bundestagswahlen erneut einzubringen ist und die Zusammensetzung des Bundestags ungewiss ist, lässt sich die zukünftige

Entwicklung nicht prognostizieren. Dies gilt in gleichem Maße für die Gerichtsvollzieher.

Eine Aufgabenübertragung vom Richter auf den Rechtspfleger ist vom Justizministerium binnen der nächsten zwei Jahre keinesfalls geplant. Auch in Ansehung der diesbezüglichen Entwicklungen in anderen Bundesländern, soll der weitere Fortgang erst abgewartet werden. Übertragungen vom Rechtspfleger auf den Beamten des mittleren Dienstes sollen aber ebenfalls nicht erfolgen.

Für den Doppelhaushalt 2009/2010 laufen derzeit zielgerichtete, aber schwierige Verhandlungen mit dem Ministerium der Finanzen. Stellenmehrungen sind vor dem Hintergrund der unverrückbaren 42-Stunden-Woche nicht durchzusetzen. Erreicht wurde bislang eine Verlangsamung der beschlossenen Stelleneinsparung auf 5 Stellen pro Jahr im gesamten Beamtenbereich der Justiz. Die Forderung nach Stellenhebungen ist dagegen erfolgreicher. Neben den vom Finanzminister Huber angekündigten 10.000 zusätzlichen Beförderungstellen für alle bayerischen Beamten, werden weitere Beförderungen im Justizbereich in zähen Verhandlungen angestrebt. Ein positives Ergebnis ist nicht ausgeschlossen.

Die Evaluation des Spitzenstellenkonzepts wurde in den Herbst vertagt, da noch Erfahrungen gesammelt werden müssen. Die Anlaufschwierigkeiten in der praktischen Umsetzung wurden teils unterschätzt. Grundsätzlich sind sich aber alle Beteiligten, auch die Personalvertretungen und die Berufsverbände, einig, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist. Trotzdem be-

steht, wie erwartet, ein Nachbesserungsbedarf. Vor allem hinsichtlich der gewollten Transparenz bestehen erhebliche Defizite. Der Vorschlag der Hauptverwaltung, die Beförderungen im Bereich der Spitzenstellen hinsichtlich Anzahl und Aufteilung auf die 3 Töpfe im justizeigenen Intranet zu veröffentlichen, wird offen aufgenommen.

Die HVS endete mit einem (verdienten) Weißwurstessen. Die nächste HVS findet vom 22. bis 24.06.2009 statt. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Bezirksverbände.

Daniela Woite

BBB-Hauptausschusssitzung am 18.06.2008 in München

Die jährlich stattfindende Sitzung des Hauptausschusses des BBB fand am 18.06.2008 unter Beteiligung der angeschlossenen Verbände statt.

Der Verband Bayerischer Rechtspfleger war vertreten durch Dieter Santl und Daniela Woite.

Nach der Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden Rolf Habermann, führte dieser in die aktuelle Thematik Dienstrechtsreform, Arbeitszeitverlängerung und Altersteilzeit ein.

Zum Dienstrechtsreform nahm sodann der Staatsminister der Finanzen, Erwin Huber, in einer ausführlichen Rede Stellung und drückte dabei auch seinen Dank an die Beamten des Freistaats Bayern und der Kommunen für die geleistete Arbeit aus.

Die ausgehandelten und festgeschriebenen Eckpunkte der Dienstrechtsreform, die 2011 zur Anwendung kommen soll, sei ein Meilenstein im Beamtenrecht und nur durch die Föderalismusreform möglich. Durch die Festschreibung der Grundsätze: Bezahlung und Beförderung nach dem Leistungsprinzip, Abschaffung der Laufbahnen, Anpassung der Lebensalterszeit auf 67, Erhalt der jährlichen Sonderzuwendungen und die Pensionsberechnung aus dem letzten Amt, sei der Status des Beamten gewahrt und gleichzeitig eine vertretbare Regelung nach außen geschaffen.

Im Haushalt 2009/10 sind zusätzlich 10.000 Beförderungen festgeschrieben, die gleichmäßig auf die 250.000 Beamten in Bayern verteilt werden und zu einem deutlich reduzierten Beförderungsstau führen werden.

Über die Erhöhung der Wegstreckenentschädigung bei Benutzung des eigenen KFZ wird intensiv nachgedacht und eine erhebliche Verbesserung in Aussicht gestellt.

Nach den Grußworten der Vertreter der Fraktionen im Landtag, stellte sich der Ministerialdirigent des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, Wilhelm Hüllmantel, den Fragen der Anwesenden.

Rolf Habermann beendete die Veranstaltung mit einem Hinweis auf den derzeitigen Stand der Verhandlungen zur Besoldungserhöhung.

Nähere Informationen zur BBB-Hauptausschusssitzung können den entsprechenden Veröffentlichungen auf den Internetseiten des BBB entnommen werden.

Daniela Woite

Der verabschiedete Bundesvorsitzende des Bunds deutscher Rechtspfleger, Herr Hinrich Clausen, zieht die Gewinner des Neujahrrätsels

Das diesjährige Rätsel des Verbands bayerischer Rechtspfleger e.V. fand wieder regen Zuspruch. Bis zum letzten Tag vor dem Einsendeschluss fanden viele und durchweg richtige Lösungen ihren Weg zu mir.

Die Rolle der Glücksfee übernahm dieses Mal dankenswerterweise Herr Hinrich Clausen, nachdem er beim Deutschen Rechtspflegertag 2008 in Potsdam mit großen Ehren und stehenden Ovationen sein Amt als Vorsitzender des Bunds deutscher Rechtspfleger an seinen Nachfolger Peter Damm übergeben hatte. Er zog folgende fünf Gewinner:

5. Preis: Evelin Hörner-Kohl, IT-Stelle, München

Arnold/Meyer-Stolte/Herrmann/Hansens/Rellermeyer, RPFLG, Kommentar, 6. Auflage (2002)

4. Preis: Reinhold Schmidt, LG Ansbach

Hintzen/Wolf, Zwangsvollstreckung, Handbuch (2006)

3. Preis: Brigit Spindler, AG Garmisch-Partenkirchen

Bienwald, Betreuungsrecht, 4. Auflage (2005)

2. Preis: Udo Schonath, AG Schweinfurt

Schröder/Bergschneider, Familienvermögensrecht, 2. Auflage (2007)

1. Preis: Andreas Zeiser, AG Starnberg

Dassler/Schiffhauer/Hintzen/Engels/Rellermeyer, ZVG, Kommentar, 13. Auflage (2008)



v.l.: Kurt Rosemann, Hinrich Clausen

Herzliche Gratulation allen Gewinnern und herzlichen Dank allen Teilnehmern und natürlich der Glücksfée. Für alle gilt das Motto: neues Jahr-neues Rätsel- neues Glück!

Daniela Woite, Schriftleiterin des Kuriers

32. Deutscher Rechtspflegertag 2008 in Potsdam

Vom 24. bis 26. April 2008 fand in Potsdam der Delegiertentag des Bundes Deutscher Rechtspfleger statt. Zur Festveranstaltung erschien Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, die mit eindeutigen Worten allen Privatisierungsbestrebungen eine klare Absage erteilte. Weder das Handelsregister, noch das Grundbuch- oder das Nachlassgericht dürften aus der Justiz ausgelagert werden.

Den Festvortrag hielt Prof. Dr. Ulrich Battis, Humboldt-Universität Berlin, zum Motto des Rechtspflegertages „Unabhängigkeit des Rechtspflegers

(hinreichend) sichern“. In einem kurzweiligen Vortrag beleuchtete er das Thema von vielen Seiten.

Der Delegiertentag hatte sich eine umfassende Tagesordnung gegeben, beginnend mit den Vorstandswahlen: Als Vorsitzender wurde mit großer Mehrheit Peter Damm, Wernigerode, gewählt; als Stellvertreter Mario Blödtner (Geschäftsführer), Ulrich Kämpf (Kassier), Martin Haselmayer (Schriftleiter), Manfred Georg, Klaus Rellermeyer und Claudia Kammermeier (Öffentlichkeitsreferentin).

Im Mittelpunkt standen die Sachthemen: Neustrukturierung des Studiums im Rahmen des Bachelor/Master-Prozesses, die Reformbestrebungen des Vollstreckungsgerichts und die Möglichkeiten eines europäischen Rechtspflegers. Zur Vorbereitung waren drei Arbeitskreise gebildet worden, die mit großer Sachkompetenz die Themen behandelten.

Der Arbeitskreis „Vollstreckung“ kam zu dem Ergebnis, dass das Vollstreckungsverfahren reformbedürftig sei. Sämtliche Vollstreckungshandlungen müssten aber in jedem Fall am Gericht verbleiben. Der Delegiertentag verabschiedete eine entsprechende EntschlieÙung.

Der Arbeitskreis „Bachelor/Master“ beschloss, dass die Umstrukturierung des Studiums langfristig unumgänglich sei. Offengehalten werden sollte aber derzeit die genaue Ausgestaltung. Wichtig sei vor allem die Sicherung des hohen Qualitätsstandards. Aus dem Arbeitskreis „Europa“ wurden Informationen über die Arbeit an einem geplanten Grünbuch für die Europäische Kommission bekannt. Zu den Privatisierungsbestrebungen wurde eine EntschlieÙung gefasst:

der Bund Deutscher Rechtspfleger wird sich weiterhin für eine Bewahrung und Stärkung der Gerichtsbarkeit, insbesondere der freiwilligen Gerichtsbarkeit, einsetzen. Übertragungen z.B. der Nachlasssachen oder des Grundbuchgerichts, werden abgelehnt,

Eine ganze Reihe Ehrungen konnten vorgenommen werden: allen voran wurde Hinrich Claussen als Ehrenvorsitzender gewählt. Herr Claussen war über 20 Jahre Mitglied der Bundesleitung und davon mehr als 10 Jahre mit sehr großem Engagement Vorsitzender des BDR. Weiter wurden Peter Herrmannsdörfer, Wolfgang Mathias, Walter Schwaiger und Prof. Hans-Joachim von Schuckmann mit der Ehrenmitgliedschaft geehrt.

Am Ende der Veranstaltung wurde der Termin für den nächsten Rechtspflegertag bestimmt: er wird im Herbst 2011 in Nordrhein-Westfalen stattfinden.

Claudia Kammermeier
Öffentlichkeitsreferentin

Wechsel an der Fachhochschule für Rechtspflege in Starnberg

In feierlichem Rahmen wurde am 13.06.2008 in der Fachhochschule Starnberg in Anwesenheit der gesamten Justizprominenz und von Vertretern aus der Politik Lore Sprickmann Kerkerinck als Leiterin der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Rechtspflege - verabschiedet und Dr. Klaus Brandhuber

als ihr Nachfolger in sein Amt eingeführt. Ministerialdirektor Hans-Werner Klotz bedankte sich in seiner Festansprache bei Lore Sprickmann Kerkerinck und wünschte ihr für ihre neue Tätigkeit als Direktorin des Amtsgerichts Freising alles Gute. Dr. Klaus Brandhuber beglückwünschte er zu seiner Ernennung.



v.l.: Ministerialdirigent Peter Werndl, Präsident der FHVR Reinhard Brey, Direktorin des Amtsgerichts Lore Sprickmann Kerkerinck, Ministerialdirektor Hans-Werner Klotz, Fachbereichsleiter Dr. Klaus Brandhuber

In seiner Ansprache betonte Ministerialdirektor Hans-Werner Klotz auch den Stellenwert der Rechtspfleger, deren Unabhängigkeit festgeschrieben sei. Trotzdem wolle das Ministerium den Aufgabenbereich nur behutsam erweitern, andererseits übe es aber auch Zurückhaltung bei der Übertragung von Aufgaben auf den mittleren Justizdienst, insbesondere im Hinblick auf hoheitsrechtliche Tätigkeiten. Er stehe zu der internen Ausbildung: "Experimente im Hinblick auf den Bologna-Prozess überlassen wir lieber anderen". Umrahmt wurde der Festakt von den "Hofmusikanten", einem Bläser-Ensemble der Fachhochschule Hof, die mit hervorragenden Rhythmen und Klängen die zahlreichen Ehrengäste in ihren Bann schlugen.

Die Vorstandschaft des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger schließt sich den guten Wünschen für die ehemalige und den neuen Leiter der Fachhochschule Starnberg an.

Claudia Kammermeier

Glückwunsch des Vorsitzenden an das neue Bundesvorstandsmitglied Claudia Kammermeier und die neuen Ehrenmitglieder Peter Herrmannsdörfer und Walter Schweiger

Unser Vorstandsmitglied Claudia Kammermeier wurde beim deutschen Rechtspflegertag in Potsdam mit überwältigender Mehrheit zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden mit dem Aufgabengebiet "Öffentlichkeitsarbeit" gewählt.

Wir freuen uns, dass weiterhin ein Vertreter des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger e.V. in der Bundesleitung des BDR auf Bundesebene tätig ist.

Erfreulich ist weiterhin, dass von den Delegierten des 32. Rechtspflegertages unser Bayerisches Ehrenmitglied Peter Herrmannsdörfer, für seine Tätigkeit in der Bundesleitung, der Vorstandschaft des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger und im Bezirksverband Coburg sowie unser Bayerisches Ehrenmitglied Walter Schweiger für seine Tätigkeit als EDV-Sachverständiger des BDR und als langjähriger stellvertretender Landesvorsitzender in Bayern zu Ehrenmitgliedern ernannt wurden.



1.v.l. Hinrich Clausen, 3.v.l. Peter Herrmannsdörfer, 4.v.l. Walter Schweiger

An Claudia Kammermeier und für die neuen Ehrenmitglieder unseren herzlichsten Glückwunsch !

Für den Verband Bayerischer Rechtspfleger

Kurt Rosemann
Vorsitzender

Aus dem Bezirksverband Bamberg

Der Bezirksverband Bamberg des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger hielt seine diesjährige Mitgliederversammlung in den Räumen von Radio Bamberg an der Gutenbergstraße ab, der sich eine Besichtigung des Senders mit dem neuen Sendestudio anschloss.

Vorsitzender Peter Hofmann informierte über Aktuelles aus dem Rechtspfleger- und Beamtenrecht, besonders über die anstehende Dienstrechtsreform. Der Staat, das heißt auch die Justiz, sei weiterhin bestrebt seine Personalquote zu reduzieren. Deshalb werden, trotz derzeit guter Haushaltslage, die personellen Einsparprogramme durch weniger Einstellungen fortgesetzt. Dies werde sich bereits in wenigen Jahren

als Fehler herausstellen, wenn der Arbeitsmarkt bei jungen Bewerbern leergefegt ist, so der Vorsitzende.

Radiomoderator Marcus Appel stellte die Räumlichkeiten von Radio Bamberg vor und berichtete, dass der Trend hin zu den privaten Sendern, zumindest in Nordbayern, zunehme. Die öffentlich rechtlichen Sendeanstalten müssten derzeit alle Hörerverluste hinnehmen.

Die Bamberger Rechtspfleger durften live im Studio dabei sein. In einem Interview hatte der Vorsitzende noch die Möglichkeit, die Auswirkungen der von der Staatsregierung und dem Justizministerium beabsichtigten Übertragung der Nachlasssachen von den Amtsgerichten auf die Notare zu erläutern. „Es werde für den Bürger teurer, aber nicht unbedingt besser“, so Hofmann. Die derzeit wichtigste Verbandsaufgabe sei es dieses Vorhaben zu verhindern.

Peter Hofmann

Aus dem Bezirksverband Traunstein

Der Bezirksverband Traunstein hielt seine diesjährige Mitgliederversammlung in Rosenheim ab.

Die Direktorin am Amtsgericht Rosenheim Helga Gold begrüßte alle Teilnehmer. Sie dankte den Rechtspflegern für ihr Engagement gegen die Übertragung der Nachlasssachen auf die Notare.

Dem schlossen sich die Gäste Klaus Steiner, Landtagskandidat und ehemaliger Rechtspfleger, sowie Direktor am Amtsgericht Traunstein Dr. Ludwig Kroiß, Vorsitzender des Richtervereins Traunstein, an. Das Nach-

lassgericht erfülle seine Aufgaben kompetent und kotengünstig, die Bürger wüssten jederzeit, wohin sie sich in allen Nachlasssachen wenden können.

Weitere wichtige Punkte waren die Personalsituation, die sich laut Klaus Steiner auch für den Bürger einer Katastrophe nähere, sowie die Ausbildung. Hier forderte Dr. Ludwig Kroiß, dass die Justiz vor allem im Bereich der Rechtspfleger und der mittleren Beamten wieder mehr ausbilde.

Auch Verbesserungen bei den Beförderungsmöglichkeiten wurden angemahnt.

Klaus Steiner erklärte, er werde sich für die Belange der Gerichte und insbesondere der Rechtspfleger einsetzen. Auch stehe er für regelmäßige Gespräche gerne zur Verfügung. Gerade eine funktionierende Justiz sei für den Bürger und die Wirtschaft von größter Wichtigkeit.

Albert Dirnberger dankte den Gesprächsteilnehmern für die interessanten Beiträge und das Engagement für die Belange der Rechtspfleger.

Am Ende der Veranstaltung wurde noch Hans Obermair für seine 44 jährige Tätigkeit im Rechtspflegerverband geehrt.

Albert Dirnberger

Landtagskandidat Klaus Steiner trifft Rechtspfleger aus dem Landgerichtsbezirk Traunstein

Privatisierungspläne des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz werden mit Sorge beobachtet

Der Verband der Bayerischen Rechtspfleger hielt für den Landgerichtsbezirk Traunstein seine diesjährige Mitgliederversammlung in Rosenheim ab. Der Vorsitzende Albert Dirnberger begrüßte als Gäste den Wahlkreiskandidaten der CSU für den Landtag Klaus Steiner und den Vorsitzenden des Traunsteiner Richtervereins Dr. Ludwig Kroiß. Dabei wurden wichtige aktuelle Themen, wie die Neuregelung der Beamtenlaufbahnen, die geplante Privatisierung von Justizaufgaben und die Personalsituation bei den bayerischen Gerichten erörtert. Klaus Steiner, der früher selbst in der Justiz als Rechtspfleger tätig war, warnte vor einem personellen Kollaps bei den Gerichten, da trotz zunehmender Belastungen Personal abgebaut werde. Dr. Kroiß forderte, dass auch die Justiz wieder mehr Personal ausbilden müsse. So fehlen vor allem Rechtspfleger und mittlere Beamte.

Das Vorhaben der Bayerischen Staatsregierung, bei der Besoldung auf mehr Leistungselemente zu setzen wurde begrüßt. Allerdings sollten die Mittel für die vorgesehenen „flexiblen Leistungsanreize“ wie Prämien und Zulagen besser in ein transparenteres und leistungsgerechtes Stellenkonzept investiert werden.

Was die geplante Übertragung der Nachlasssachen weg von den Amtsgerichten hin zu den Notariaten anbelangt, herrschte Einigkeit, dass dies nicht im Sinne des rechtsuchenden Bürgers sei. Dieser findet beim Nachlassgericht einen kompetenten Ansprechpartner, bei dem schnell und bürgernah über sein Anliegen entschieden werde. Allein schon wegen der dann anfallenden Mehrwertsteuer würden Erbscheine beim Notar für die Erben spürbar teurer werden. Auch würden die Bürger häufig nicht wissen, an welchen Notar sie sich wenden sollten. Und schließlich, was bei den Teilnehmern auf völliges Unverständnis stieß, würde der Freistaat Bayern auf eine nicht unerhebliche Nettoeinnahmequelle verzichten, da die Nachlassgerichte, wie interne Erhebungen ergeben haben, weit mehr als kostendeckend arbeiten.



v.l.: Dr. Kroiß, Direktor des AG Traunstein, Klaus Steiner, Landtagskandidat, Albert Dirnberger

Klaus Steiner rief die Rechtspfleger dazu auf, offensiv mit ihrem Berufsbild in die Öffentlichkeit zu gehen. Aus eigener Erfahrung wisse er, dass der Bürger mit dem Begriff „Rechtspfleger“ nicht viel anzufangen weiß, dass zugleich aber der Rechtspfleger es ist, mit dem der normale Bürger auf Seiten der Justiz in Kontakt kommt.

Er erklärte, er werde sich für die Belange der Gerichte und insbesondere der Rechtspfleger einsetzen. Besonders der Rechtspfleger – ob im Grundbuchamt, im Nachlass-, im Vormundschafts- oder Vollstreckungsgericht – sei der erste und oftmals entscheidende Ansprechpartner für den Bürger und so von größter Wichtigkeit für dessen Bild unseres Rechtsstaates. Gerade eine funktionierende Justiz sei auch für die Wirtschaft ein unverzichtbarer Standortvorteil. Klaus Steiner machte den Rechtspflegern das Angebot, künftig bei regelmäßigen Fachgesprächen den Kontakt zu halten.

Albert Dirnberger dankte den Gesprächsteilnehmern für die interessanten Beiträge und das Engagement für die Belange der Rechtspfleger.

Am Ende der Veranstaltung wurde noch Hans Obermair für seine 44 jährige Tätigkeit im Verband Bayerischer Rechtspfleger geehrt.

Albert Dirnberger

Bayerische Justizvollzugsbedienstete tagen in Hof

Am 29. und 30. Mai 2008 fand in Hof der 19. Verbandstag der JVB – Landesverband der Bayerischen Justizvollzugsbediensteten statt.

Bei den Vorstandswahlen wurden Anton Bachl als Vorsitzender sowie Johann Lautenschlager, Michael Schlegel, Walter Bauer, Heinrich Hödl, Wieland Meyer und Ralf Simon als Vorstandsmitglieder wieder bzw. neu gewählt.

Der Verband Bayerischer Rechtspfleger, der mit den gewählten Vorstandsmitgliedern bereits bisher durch eine Kooperation im Hauptpersonalrat und im Bayerischen Beamtenbund freundschaftlich verbunden ist gratuliert recht herzlich und wünscht für die kommenden Jahre viel Erfolg und weiterhin gute Zusammenarbeit zum Wohle der Bayerischen Justizvollzugsbeamten und Rechtspfleger.

Bei der Festveranstaltung, an der neben vielen Ehrengästen auch unser Landesvorsitzender Kurt Rosemann für den Verband Bayerischer Rechtspfleger und der stellvertretende Landesvorsitzende Robert Schmid als Vorsitzender des Hauptpersonalrates teilnahmen, hielt die Staatsministerin der Justiz, Frau Dr. Beate Merk den Festvortrag und sprach der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes, Rolf Habermann, ein Grußwort.

Kurt Rosemann

Einweihungsfeier der Bayerischen Justizschule Pegnitz

Am 04.06.2008 fand die feierliche Einweihung der Bayerischen Justizschule in Pegnitz statt. Regierungsdirektor Schaller hieß in den neuen Räumen zahlreiche Ehrengäste willkommen. Er bedankte sich bei allen, die den Um- bzw. Neubau ermöglicht haben. Die Festansprache hielt Ministerialdirektor Hans-Werner Klotz. Ihm wurde anschließend durch das Staatliche Bauamt Bayreuth symbolisch der Hausschlüssel übergeben. Nach der ökumenischen Weihe wurde die Gelegenheit gerne wahrge-

nommen, den Um- und Erweiterungsbau mit Präsentationen zu den Laufbahnausbildungen und zum IT-Schulungszentrum zu besichtigen. Es bestand Einigkeit darüber, dass die Baumaßnahmen sehr gut gelungen sind.

Robert Schmid

Einladung zur Generalversammlung der E.U.R. in München

Vom 04. bis 07.09.2008 findet in München die Generalversammlung der EUR statt. Zu dieser europaweiten Veranstaltung mit hochkarätigen Gästen lädt die EUR insbesondere die deutschen Rechtspfleger recht herzlich ein. Das Kennenlernen anderer europäischer Rechtssysteme und rechtspflegerangeneherten Justizberufe und natürlich den anwesenden Teilnehmern aus allen Mitgliedsländern der EUR wären Gründe für eine, zumindest teilweisen, Teilnahme. Das Programm und das Anmeldeformular kann unter www.eu-rechtspfleger.eu heruntergeladen werden. Für die Teilnehmer aus Deutschland ist eine Anmeldung noch jederzeit möglich mit folgenden Kosten:

Empfang am Donnerstag,
04.09.2008

30,00 Euro

Eröffnung der Generalversammlung
am Freitag, 05.09.2008, incl. Empfang
am Abend in der Residenz

ohne Kosten

Generalversammlung am Freitag,
05.09.2008, incl. Verpflegung und
Übersetzung, Empfang

150,00 Euro

Ausflug nach Bad Wiessee am Tegernsee am Samstag, 06.09.2008,
incl. Mittagessen

60,00 Euro

Galadinner am Samstag, 06.09.2008

90,00 Euro

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte direkt an die Vorstandschaft der E.U.R.

Daniela Woite

Landesvertreterversammlung des Bayerischen Richtervereins

Horst Böhm, der Vorsitzende des Bayerischen Richtervereins, begrüßte am 10.04.2008 im Rosenheimer Kultur- und Kongresszentrum zahlreiche Ehrengäste, insbesondere Ministerin Dr. Beate Merk. In seinem Grußwort wies Christoph Frank, der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes darauf hin, dass der Justizhaushalt ein gesellschaftspolitisches Steuerungsinstrument sei, das der Sicherung der dritten Gewalt diene. In diesem Zusammenhang bemängelt er, dass sich die Justiz zu sehr der Finanzunterordnung unterordne.

Der Bayerische Richterverein e.V. wurde am 11.11.1906 in Nürnberg gegründet und ist die älteste Landesvertretung der Richter und Staatsanwälte in Deutschland.

Robert Schmid

Diverses

- Die Anzahl der Revisionen bei den Strafsenaten des Bundesgerichtshofs stieg 2007 deutlich an, auf 3.102 (Vorjahr 2.860). Die Aufhebungsquote liegt bundesweit bei 19,0%, für Entscheidungen Bayerischer Gerichte allerdings nur bei 8,6%.
- Die vor kurzem eröffnete Haftanstalt in Landsberg-Berggrub ist eines der modernsten Gefängnisse Europas. Die Kapazität beträgt 451 Haftplätze im geschlossenen Vollzug, 64 Haftplätze im offenen Vollzug und 36 Plätze in der Jugendarrestanstalt. Die Bausumme betrug ca. 72,5 Mio Euro.
- Zum 31.12.2007 standen bayernweit 183.479 Menschen unter Betreuung (31.12.2006: 177.983 Menschen)
- Neu im Amt des Leitenden Staatsanwalts bei der Staatsanwaltschaft Amberg ist Walter Leupold. Er übernimmt dieses Amt von seinem Vorgänger Kurt Wiedemann.
- Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden des Freistaats Bayern fand am 21.04.2008 in der Münchener Residenz unter musikalischer Umrahmung der Gruppe „Blinde Musiker“ ein Festakt statt. Die Festsprache hielt Ministerpräsident Dr. Beckstein.
- Im Jahre 2007 wurden bei den 22 bayerischen Staatsanwaltschaften insgesamt 595.016 staatsanwaltliche Ermittlungen neu eingeleitet. Im gleichen Zeitraum konnten 598.916 Ermittlungen abgeschlossen werden. Die Neuzugänge sind damit im Vergleich zu 2006 um 0,4% und die Erledigungen um 1,5% gestiegen.
- Die Zeugenbetreuungsstellen sind 2007 in 11.034 Fällen aktiv geworden. 3.924 Personen wurden persönlich betreut, in den anderen Fällen erfolgte die Betreuung telefonisch oder schriftlich. 726-mal kamen die Zeugenbetreuer als „Babysitter“ bei der Betreuung von Kindern zum Einsatz.
- LESETIPP: der Roman „Rechtspfleger Grothjahn, Deutschlands einziger Rechtspflegerroman“ von Roman Kuhlmann spielt Anfang des 20. Jahrhunderts und wurde zum 32. Deutschen Rechtspflegertag in Potsdam neu aufgelegt. Er ist zu bestellen zum Preis von 17 Euro plus Porto beim BDR, LV Hamburg, Sievekingplatz 1, 20335 Hamburg, e-mail: info@bdr-hamburg.de
- Termin Bad Boll: 10. bis 14.11.2008. Anmeldungen direkt bei der Akademie Bad Boll

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: info@rechtspflegerverband-bayern.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter www.rechtspflegerverband-bayern.de

Vorsitzender Kurt Rosemann, Nürnberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.